Nr. der Kleinen Anfrage:	KA 22 / I
Eingangsdatum:	22.03.2001
Weitergabedatum:	23.03.2001
Fällig am:	13.04.2001
Beantwortet am:	25.04.2001
Erledigt am:	16.05.2001

Karin Lau SPD
Antragsteller/in

Kleine Anfrage

Betr.: Patenschaft mit der Landesmannschaft Ostpreußen?

Ich frage das Bezirksamt:

1. Ist es zutreffend, dass der ehemalige Bezirk Steglitz von Berlin eine Patenschaft mit der Landesmannschaft Ostpreußen unterhielt?

2. Wenn ja, mit welchen konkreten Projekten wurde diese Patenschaft praktiziert?

3. Wenn Nr. 1 zutrifft, beabsichtigt das Bezirksamt des gemeinsamen Bezirks Steglitz/Zehlendorf eine Fortsetzung dieser Patenschaft?

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 23.03.2001

Lau

Antwort des Bezirksamtes

Zu 1.

Ja. Am 26. Oktober 1955 hatte die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Steglitz den Beschluss gefasst, eine Patenschaft für die Landesmannschaft Ostpreußen in Berlin zu übernehmen. Es waren Menschen aus Ostpreußen, deren neue Heimat Berlin geworden war und die sich im Jahre 1949 zu einem Landesverband zusammengefunden hatten, welcher der Bundeslandesmannschaft Ostpreußen angegliedert wurde. Der Pate soll stets seinem Patenkind zur Seite stehen, wenn es Rat und Hilfe bedarf. Die Steglitzer Bezirksverordneten waren einstimmig bereit, den Ostpreußen in Berlin diesen Beistand zu leisten. Bezirksbürgermeister Dr. Hansemann wies vor allem auf den ideellen Beistand. Bereits 1955 schien es wesentlich, die deutschen Ostgebiete im Bewußtsein der Bevölkerung wach und lebendig zu halten. So liegt der Schwerpunkt der Patenschaft von Anfang an auf kulturellem Gebiet. Kunstamt und Volkshochschule sollen tätig werden.

Zu 2.

In der Folge unterstützte der Bezirk Steglitz auch bedürftige Mitbürger aus Ostpreußen, die innerhalb der Bezirksgrenze wohnen. Von da ab fanden jährlich Arbeitstreffen statt zwischen Mitgliedern des Bezirksamtes, Angehörigen der Bezirksverordnetenversammlung und dem Vorstand der Landesmannschaft Ostpreußen in Berlin, abwechselnd im Rathaus Steglitz und im ehemaligen Deutschlandhaus.

Der Bezirk unterstützte auf Antrag und Maßgabe seiner Möglichkeiten die Kulturveranstaltungen der Landesmannschaft.
Die Landesmannschaft nimmt regelmäßig teil, zum Beispiel an den Eröffnungen der alljährlich stattfindenden „Steglitzer Woche“.
Das beigefügte Material soll - wenn auch nur auszugsweise - einen Eindruck vermitteln, wie Bezirksamt und BVV-Steglitz den Gedanken der Patenschaft inhaltlich gestützt haben.

Zu 3.

Ja.

Mit freundlichem Gruß

Herbert Weber
Bezirksbürgermeister

Handel und Transit ist aus meiner Sicht der richtige Ansatz. Er führt zu positiver Interdependenz, und diese ist das Wesen jeglicher gegenseitig nützlicher Beziehung.

Bei der langen Berührung unserer Länder und Völker ist es kein Zufall, daß unsere kulturellen Beziehungen heute wieder lebendig sind und daß sie besonderen Tiefgang besitzen. Deshalb ist es mir eine große Freude, morgen gemeinsam mit Ihnen, Herr Präsident, das erweiterte und verschönerte Goethe-Institut seiner neuen Bestimmung zu übergeben.

Auch als Wirtschaftspartner Deutschlands hat Lettland in den letzten Jahren Gewicht und Statur gewonnen. Bei aller positiven Bilanz: Die lettisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sind ausbaufähig. Mein Besuch soll auch hier Impulse geben.

Lettland und Deutschland bringen die besten Voraussetzungen dafür mit, die Erneuerung Europas gemeinsam voranzutreiben, zum Wohle unserer Länder, zum Wohle unserer Nachbarn, zum Wohle Europas.

Ich möchte mein Glas erheben:

- auf die gedeihliche Zukunft unserer Länder und Völker,
- auf Ihr persönliches Wohl und das Ihrer Familie.

Erinnerung und Gedenken finden ihren Sinn im Willen für eine bessere Zukunft

Rede des Bundesministers des Innern, Otto Schily, auf der Festveranstaltung zum 50. Jahrestag des Bundes der Vertriebenen am 29. Mai 1999 im Berliner Dom:

Wir versammeln uns im Berliner Dom, um gemeinsam den Tag der deutschen Heimatvertriebenen zu begehen. Ich überbringe Ihnen die Grüße und die besten Wünsche des Bundeskanzlers, der leider wegen seiner Teilnahme an den deutsch-französischen Konsultationen in Toulouse heute nicht zu Ihnen sprechen kann.

Der Tag der Heimatvertriebenen im Jahr 1999 hat eine besondere Bedeutung. Vor fünfzig Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Daß fünfzig Jahre Grundgesetz zu einer Erfolgsgeschichte des demokratischen Rechtsstaates in Deutschland wurde, daß Deutschland unter der Geltung des Grundgesetzes ein halbes Jahrhundert in Frieden und Freiheit zuteil wurde und daß schließlich die Wiederherstellung der staatlichen deutschen Einheit auf friedlichem Weg gelang, dazu haben die Vertriebenen in erheblichem Maße beigetragen. Die gewiß nicht immer einfache Eingliederung der Heimatvertriebenen in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den großen und bewundernswerten Leistungen, für die wir zuallererst den Vertriebenen selbst Dank und Anerkennung schulden.

Die Vertriebenen haben in sehr verdienstvoller Weise am Aufbau der Demokratie, der Wiederbelebung einer freiheitlichen Kultur und der Sozialen Marktwirtschaft tatkräftig und erfolgreich mitgewirkt. Bemerkenswert ist der Anteil der Vertriebenen an der Entwicklung moderner Industrieunternehmen in vormals strukturschwachen Regionen. Dank des Fleißes und des Unternehmergeistes von Vertriebenen entstanden in manchen Bundesländern ganz neue Städte und Siedlungen.

Entgegen manchem Vorurteil haben sich die Heimatvertriebenen in ihrer übergroßen Mehrheit auch an der Aussöhnung unter den europäischen Völkern aktiv beteiligt und tun dies auch heute noch. Ihr leidvolles Schicksal haben sie nicht als Hindernis sondern – im Gegenteil – als Auftrag verstanden, sich für die europäische Einigung und die Herstellung gutnachbarlicher und friedlicher Beziehungen zwischen den europäischen Staaten einzusetzen. Dazu steht nicht im Widerspruch, daß die Vertriebenen die Erinnerung an die massenhafte Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges wachhalten.

Václav Havel, der tschechische Präsident, hat in seiner großen Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 24. April 1997 gesagt, „nur eine Gemeinschaft, welche die Wahrheit über ihre eigene Geschichte erkennen kann und darf, ist tatsächlich eine freie Gesellschaft". In ähnlicher Weise hat sich der frühere polnische Botschafter Janusz Reiter in einer Podiumsdiskussion zwischen dem polnischen und dem deutschen Innenminister geäußert. Er fragte: „Was haben sich die Polen und Deutschen über die Vergangenheit zu sagen?" Seine einfache Antwort lautete: „Die Wahrheit". Der geschichtlichen Wahrheit müssen wir uns stellen, wir dürfen den Blick nicht um der einen oder der anderen politischen Bequemlichkeit willen oder aus dem einen oder anderen politischen Interesse nicht von der Wahrheit abwenden oder ihr auszuweichen versuchen, weil das nicht in unser vorgefaßtes Wahrnehmungsmuster paßt.

Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das läßt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Verhalten war Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit. Inzwischen wissen wir, daß wir nur dann, wenn wir den Mut zu einer klaren Sprache aufbringen und der Wahrheit ins Gesicht sehen, die Grundlage für ein gutes und friedliches Zusammenleben finden können.

Den Fehlern auf Seiten der politischen Linken entsprach auf Seiten der politischen Rechten der Versuch, die massenhafte Vertreibung aus ihrem historischen Kontext zu lösen und die Ereignisse nur isoliert zu betrachten und zu bewerten. Das weckte den Verdacht, es sollten die Geschehnisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in eine entlastende Aufrechnung mit dem Holocaust gebracht werden.

Wir wissen aber, daß die grauenvollen Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in einen unmittelbaren Ursachenzusammenhang mit der verbrecherischen Expansionspolitik Hitlers unter rassistischem Vorzeichen gehören. Das entschuldigt oder rechtfertigt die massenhafte Vertreibung nicht, aber es sollte uns die Erkenntnis sichern, daß die Opfer der Vertreibungsverbrechen in diesem Sinne auch zu den Opfern der verbrecherischen Politik Hitlers gehören.

In einer Entschließung des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1997, der die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, nicht jedoch die PDS, zugestimmt haben, hat das Parlament die deutsche Öffentlichkeit an die schreckliche Zeit der Vertreibung erinnert. Er gedachte dabei besonders der Millionen Menschen, die während der Deportation, Flucht und Vertreibung um ihr Leben kamen oder schweren Schaden an Körper und Seele erlitten haben. In der Entschließung wurde festgestellt, daß die Vertriebenen durch ihr besonders hartes Schicksal die Last der Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches in besonderer Weise tragen mußten und daß das die Solidarität aller Deutschen mit den Vertriebenen begründet. Den Aussagen in dieser Entschließung weiß sich auch die neue Bun-

desregierung verpflichtet. Deshalb zitiere ich an dieser Stelle wörtlich eine wichtige Passage aus der Entschließung:

„Jeder Akt der Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Terrorisierung und Vertreibung von Gruppen aufgrund ihrer Herkunft, ihres religiösen oder kulturellen Hintergrundes muß international geächtet und sowohl völkerrechtlich wie strafrechtlich geahndet werden."

An anderer Stelle heißt es:

„Frieden und Sicherheit in der Völkergemeinschaft lassen sich auf lange Sicht nur verwirklichen, wenn alle Menschen künftig vor Vertreibung geschützt und die Rechte zur freien Entfaltung im Rahmen der Verfassungsordnung des jeweiligen Staates garantiert sind."

Diese Aussage hat angesichts der verbrecherischen Vertreibungspolitik im Kosovo leider brennende Aktualität.

Wir erkennen zu unserem Entsetzen, daß noch am Ende dieses Jahrhunderts der Vertreibung, in dem allein in Europa rund 50 Millionen Menschen ihre Heimat zwangsweise verlassen mußten, weil sie die falsche Nationalität oder Volkszugehörigkeit besaßen, daß noch am Ende dieses Jahrhunderts der Vertreibung Menschen von der wahnhaften Vorstellung eines ethnisch homogenen Staates besessen sind, mit furchtbaren Folgen für die Menschen, die Opfer dieser wahnwitzigen Politik werden.

Bereits mit den Balkankriegen zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen zum Bestandteil internationaler Politik. Im Jahre 1913 kam es nicht nur zu einer neuen Festlegung der Grenzen zwischen Bulgarien, der Türkei und Griechenland, sondern es wurde vertraglich auch ein „Bevölkerungsaustausch" vereinbart. In der Konferenz von Lausanne 1923 wurde unter Zustimmung der internationalen Staatengemeinschaft die ethnische „Flurbereinigung" fortgesetzt. Damit wurden massenhafte Bevölkerungsverschiebungen unter Zwang international sanktioniert. Begründet wurden diese Bevölkerungsverschiebungen mit einem Argument, das 1945 bei dem „Transfer" von Deutschen und der „Repatriierung" von Polen, wie es beschönigend hieß, wiederkehrte: Es wurde behauptet, daß nur damit der Frieden gesichert werden könne.

Hitler hat die „ethnische und territoriale Neuordnung Europas" zum Programm und damit Europa in eine Trümmerwüste verwandelt. Das begann mit der Umsiedlung von einer halben Million Deutschen aus Italien, den baltischen Staaten und der Sowjetunion unter der Parole „Heim ins Reich". Nach dem Einmarsch in Polen im September 1939 begannen die deutschen Behörden mit systematischen Deportationen und Vertreibungen unter der Devise, „die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens in diesen Gebieten macht Bevölkerungsverschiebungen aller größten Ausmaßes notwendig". Himmler ordnete dem entsprechend im Oktober 1939 die Deportation von 550 000 Juden und zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestimmten Zahl von Polen aus dem von Deutschland annektierten Warthegau an. Insgesamt vertrieben die Deutschen in den Jahren 1939 und 1940 etwa 450 000 Polen aus dem Warthegau. Hitlers Vorgehen fand eine Entsprechung in dem von der Sowjetunion besetzten polnischen Ostgebieten. Mehrere Hunderttausend Polen wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Auf den internationalen Konferenzen der Alliierten ließen sich die Verantwortlichen ihrerseits von der Überzeugung leiten, daß ohne eine „Entmischung der Völker" und ohne klare ethnische Grenzen kein dauerhafter Frieden in Europa hergestellt werden könne. Das erinnert in fataler Weise an das Konzept der „ethnischen Säuberung", das heute von der Staatengemeinschaft als völkerrechts- und menschenrechtswidrig verurteilt und mit militärischen Mitteln bekämpft wird. Aber die Vertreibungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, dem nahezu 15 Millionen Menschen zum Opfer fielen, war nicht nur ein international gesteuerter Prozeß, sondern wurde auch vom Willen der Polen und Tschechen getragen, die nach sechsjähriger Besatzungszeit eine deutsche Minderheit auf ihrem Staatsgebiet nicht mehr dulden wollten.

Es war mindestens ein schrecklicher Irrtum, wenn angenommen wurde, daß Bevölkerungsverschiebungen und ethnisch homogene Nationalstaaten friedensstiftend seien. Dieser Unsinn geistert leider auch bei uns in einigen Köpfen herum. So las ich vor wenigen Tagen in einer angesehenen Berliner Tageszeitung folgenden Kommentar:

„Müssen ethnische Gruppen, die einander bekriegen, getrennt werden – was die Aussiedlung von Minderheiten aus gemischt bewohnten Territorien nötig macht? Oder ist Heimatverlust ein so schweres Unrecht, daß alles getan werden muß, um die Menschen wieder zu einem Zusammenleben zu bringen?

Die Überlegung der damaligen Alliierten war sehr nüchtern: Die vielen nationalen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa waren Ursache großer politischer Spannungen und trugen zum Ausbruch von zwei Weltkriegen bei – zumal das Dritte Reich die deutschen Volksgruppen für seine Expansionspolitik instrumentalisiert hatte.

Ihre in Potsdam beschlossene Umsiedlung war keineswegs als ‚Bestrafung' der Deutschen gedacht, sondern als Maßnahme zur Sicherung künftigen Friedens. Aus ihrer Sicht war eine geordnete Umsiedlung legal. Kriminell waren die Auswüchse: Todesmärsche, Racheakte an Zivilisten, Plünderung und Mord. Mit der Auffassung, die ganze Politik sei Unrecht gewesen, stehen die Deutschen allein da. Zudem übersehen sie gerne: Dieses Schicksal betraf nicht nur ihr Volk: Polen, Ungarn und Ukrainern ging es nicht viel besser. Was aber ist das Ergebnis im Rückblick auf ein halbes Jahrhundert? Überall da, wo ethnisch homogene Staaten entstanden sind, herrscht stabiler Frieden."

Ja, wenn die Geschichte so interpretiert wird, dann frage ich mich, warum Milošević vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt und nicht zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen wird. Dann stiftet er ja in dieser Logik mit der Politik der ethnischen Säuberung stabilen Frieden! Nein, aus dieser fatalen, wirklichkeitsfremden und inhumanen Logik sollten wir uns befreien. Der Historiker Hagen Schulze hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das abstrakte Modell des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in den vierzehn Punkten von Woodrow Wilson formuliert war, in die Irre geführt hat. Daß mit diesem Modell „erst recht Krieg und Bürgerkrieg heraufbeschworen wurde, war den westlichen Politikern an ihren grünen Tischen in Versailles, St. Germain und Trianon nicht klar, die Einheit von Staat und Nation galt in Westeuropa als Voraussetzung fortschrittlicher, demokratischer Politik", schreibt Hagen Schulze und fügt hinzu: „In Mittel- und Osteuropa, wo sich sprachliche, konfessionelle und kulturelle Zusammenhänge überkreuzten, wo eine kleinteilige Gemengelage von Nationalitäten der Normalfall war, war die Forderung nach Einheit von Nation, Sprache und Staatsgebiet einfach sinnlos." Nach seiner richtigen Einschätzung war es nicht die Teilung in Nationen, die Europa gefährdet, „sondern der Drang zu Nationalstaaten für alle noch so kleinen Nationalitäten, in denen die unerfüllbar und chimärische Einheit von Nation, Sprache und Staatsgebiet herbeigeführt werden soll". Die Deutschen haben sich diesen Einsichten zu ihrem Unheil lange Zeit verweigert und die Warnungen der französischen Religionsphilosophen Ernest Renan mißachtet, der

im Jahre 1871 nach der mit völkischen und historischen Vorwänden begründeten Annexion Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich einem deutschen Freund folgendes schrieb:

„An die Stelle von Maßstäben liberaler Politik habt ihr in der Welt solche ethnographischer und archäologischer Politik errichtet. Diese Politik wird euch zum Verhängnis werden ... Was werdet ihr sagen, wenn eines Tages die Slawen kommen und das eigentliche Preußen, Pommern, Schlesien, Berlin beanspruchen, weil deren Namen slawisch sind, wenn sie an dem Oderufer tun, was ihr jetzt am Moselufer tut, wenn sie an Hand der Landkarte auf Dörfer hinweisen, die einst von slawischen Stämme bevölkert waren ... Deutschland hat ein übermütiges Pferd bestiegen, das es hintragen wird, wohin es nicht will."

Inzwischen haben wir gelernt, daß es nicht so sehr auf Staatsgrenzen ankommt, sondern auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit, daß die europäische Kooperation wichtiger ist als nationale Eigensucht, daß die kulturelle Vielfalt Europas nicht an Staatsgrenzen und nationalstaatliche Raster gebunden werden kann. Wir haben gelernt, daß Minderheitenrechte respektiert werden müssen und respektiert werden können, ohne daß dadurch die Stabilität eines Staates beeinträchtigt wird. Wir wissen inzwischen, daß Frieden und Freiheit des einzelnen und wirtschaftlicher Wohlstand nur im europäischen Miteinander und nicht im nationalstaatlichen Gegeneinander erreicht werden können.

Wegbereitend für die Überwindung der Grenzen in Europa waren Konrad Adenauers vorausschauende Politik der Westintegration und die kluge Entspannungspolitik Willy Brandts.

In der bereits erwähnten Entschließung hatte der Deutsche Bundestag die heimatvertriebenen Mitbürger und Mitbürgerinnen gebeten, sich weiter voll und ganz in das politische, kulturelle und gesellschaftliche Leben unseres Landes und in die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarstaaten in einem Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und der Verständigung einzubringen, und versprochen, die Heimatvertriebenen und deren Verbände, die diesem Geist verpflichtet sind, bei diesen Bemühungen weiter zu unterstützen. Dieses Versprechen gilt auch für die neue Bundesregierung.

Die Erinnerung an das millionenfache Leid der Vertriebenen darf nicht neuen Haß schüren, sondern muß helfen, Haß und Fremdheit zu überwinden. In diesem Sinne ist das Vorhaben unterstützenswert, ein „Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin" als Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen zu errichten.

Die Erinnerung und das Gedenken finden ihren Sinn in dem Willen für eine bessere Zukunft. Das ist ein innerer Aufruf, dem wir alle folgen können. Der große schlesische Dichter Angelus Silesius hat das in diesen Vers aufgenommen:

„Freund, so Du etwas bist, so bleib doch ja nicht stehn, man muß aus einem Licht fort in das andre gehen."

Agrément für den Botschafter der Republik Ecuador

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Der Bundespräsident hat Dr. Werner Moeller Freile das Agrément als außerordentlichem und bevollmächtigtem Botschafter der Republik Ecuador in der Bundesrepublik Deutschland erteilt.

Politischer Dialog mit Afrika auch im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik

Rede des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer, anläßlich des Jahrestages der Organisation für Afrikanische Einheit am 27. Mai 1999 in Bonn:

Ich freue mich, daß ich heute die Gelegenheit habe, mit Ihnen gemeinsam hier in der Stadthalle Bad Godesberg den „Afrikatag" zu feiern. Mein besonderer Dank gilt Herrn Botschafter Melaga als Sprecher der in Bonn akkreditierten afrikanischen Missionschefs.

Bundesaußenminister Fischer bedauert sehr, daß er heute nicht bei Ihnen sein kann. Er hätte gern an die Tradition vergangener Jahre angeknüpft. Die außenpolitischen Ereignisse haben ihn leider gezwungen, hierauf zu verzichten. Der Bundesaußenminister hat mich gebeten, ihn zu vertreten und Ihnen zum heutigen Tag seine besten Wünsche zu übermitteln. Ich tue das sehr gern, nicht nur wegen meiner „geographischen Zuständigkeit", sondern auch wegen vieler intensiver und schöner Erlebnisse, die ich von meinen früheren Reisen – als Student, als Abgeordneter – aus Afrika mitnehmen konnte.

Der Afrikatag ist der Geburtstag der Organisation der Afrikanischen Einheit. Seit Gründung der Organisation hat der Gedanke eines staatsübergreifenden Zusammenschlusses nichts von seiner Aktualität verloren. Im Gegenteil, in einer Welt wachsender Interdependenz ist es notwendig und aktueller denn je, den großen grenzüberschreitenden Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Die OAE hat im Laufe der Jahre eine beeindruckende Anpassungsfähigkeit und Dynamik entwickelt, sich neuen Aufgaben zu stellen. Insbesondere möchte ich ihre Bereitschaft hervorheben, sich für Verhütung und Regelung von Konflikten unter Mitgliedstaaten einzusetzen. Wir begrüßen die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Deutschland ist gemeinsam mit seinen europäischen Partnern bereit, Afrika hierbei zu unterstützen.

Wir wollen auch im Rahmen unserer Außen- und Sicherheitspolitik den politischen Dialog mit Afrika verstärken. Dies gehört zu unseren Schwerpunkten. Eine hervorragende Basis bietet der 1998 vorgestellte Afrika-Bericht des bereits zweiten aus Ihrem Kontinent stammenden Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan. Wir haben unsere EU-Ratspräsidentschaft genutzt und mit der Verabschiedung der Schlußfolgerungen des Allgemeinen Rates der EU am 26. April 1999 konkrete Vorstellungen zu den vom Generalsekretär angesprochenen Aktionsfeldern erarbeitet: Menschenrechte und Friedensschaffung, Not- und Katastrophenhilfe und nachhaltige Entwicklung.

Zu erwähnen ist auch die Reform der Vereinten Nationen, wo wir in vielen Bereichen mit den afrikanischen Staaten gemeinsame Interessen haben. Die Reform des Sicherheitsrates muß die Realitäten der heutigen Welt widerspiegeln. Die großen Regionen, nicht zuletzt Afrika mit der größten Regionalgruppe innerhalb den VN, müssen mit ständigen und mit zusätzlichen nichtständigen Sitzen repräsentiert sein.

Der praktischen Verstärkung des Dialogs dienen die regelmäßigen Treffen auf politischer und auf Arbeitsebene zwischen der Europäischen Union und der OAE sowie den afrikanischen Regional-Organisationen SADC, IGAD, UMA und ECOWAS.

Rede BzBm Weber
40 Jahre Patenschaft zwischen dem
Bezirk Steglitz und der Landsmannschaft Ostpreußen,
Landesgruppe Berlin am 25.08.1995

1955 war noch vielen Bürgern in Erinnerung, was heute schon bei der älteren Generation hinterfragt oder nachgelesen werden muß. Rund 68% der heute in Berlin Wohnenden, das sind 2,4 Millionen, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa geboren.

Das war vor 40 Jahren anders; Flucht und Vertreibung waren vielen ein selbst erlittenes Schicksal. Berlin war nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus der zentrale Zufluchtsort für Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Insofern darf ein Verweis auf den 14. Oktober 1949 nicht fehlen: er ist die Geburtsstunde der Landsmannschaft Ostpreußen in Berlin.

Aus dem Bericht des Senats "Deutsche flüchten zu Deutschen" geht hervor, daß bis Ende 1955 im Flüchtlingswohnungsbau 6.785 Wohnungen fertiggestellt wurden. 1955 stand ohnehin im Licht des Wiederaufbaus. Das Lebensgefühl im Westen Deutschlands war geprägt von optimistischen Erwartungen für die Zukunft. Politisch jedoch war das Jahr 1955 vom Ost-West-Konflikt geprägt. Mit der Billigung der Pariser Verträge, dem Beitritt der Bundesrepublik zur Nato und dem Inkrafttreten des Deutschlandvertrages auf der einen, der Gründung des Warschauer Paktes und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion auf der anderen Seite schien die Teilung Deutschlands auf unabsehbare Zeit festgeschrieben zu sein. Die Reise Konrad Adenauers nach Moskau im September 1955 rief in der deutschen Öffentlichkeit große Emotionen hervor. In zähen Verhandlungen wurde die Entlassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen erreicht; am 7. Oktober trafen in Friedland bei Göttingen die ersten Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft ein.

Doch, wo blieb Berlin? Wo blieb das Gebot der Wiedervereinigung? Die erste Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober in Berlin sollte auch Zweifel, gerade bei den Berlinern, ausräumen. Die Erklärung des damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstemeier zu Sitzungsbeginn war unmißverständlich:

"... Die Freiheit Berlins und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sind ein selbstverständlicher Inhalt und ein entscheidendes Ziel der deutschen Politik. Darin ist sich dieses Haus einig, auch wenn die Meinungen über den besten Weg zu diesem Ziel auseinandergehen."

Unmißverständlich war aber auch die Einweihung des Mahnmals auf dem Theodor-Heuss-Platz einen Monat zuvor (10./11.September 1955).
Beide Inschriften: "Freiheit, Recht, Frieden" und "Die Flamme mahnt: Nie wieder Vertreibung" haben bis heute nichts an Bedeutung verloren.

Ich stelle diese nunmehr schon historische Dimension absichtsvoll an den Anfang dieses Jubiläums heute. Denn, wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.

Aus diesem Grund gehört es auch zur Pflicht die "Charta deutschen Heimatvertriebenen" herauszustellen. Schon damals, im August 1950, als das Elend der Vertreibung noch allgegenwärtig war, wollte man nicht Rache und Vergeltung, sondern ein geeintes Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Der Bundeskanzler hat in seiner diesjährigen Erklärung über den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa (41. Sitzung des Deutschen Bundestages / 1.6.1995) gesagt:

"Ich verstehe nicht, warum jene Charta der Heimatvertriebenen nicht häufiger als ein Musterbeispiel politischer Kultur herausgestellt wird. Sie war und bleibt ein Werk des Friedens."

Wer könnte dem nicht zustimmen?

Wir blicken in wenigen Wochen auf den 5. Jahrestag der deutschen Einheit. Aber nicht der Fall der Berliner Mauer, sondern das Aufziehen des Eisernen Vorhangs in Europa ist das weltpolitische Ereignis der neunziger Jahre. Die Länder und Regionen Europas sind sich näher gekommen - das ist gut so.

In dieses Jahr fielen auch die Feierlichkeiten zum Gedenken an das Ende des zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Beide Ereignisse stehen für eine neue Dimension:

Ich erinnere an die Rede des russischen Ministerpräsidenten, Viktor Stepanowitsch Tschernomyrdin, am 8. Mai d.J. im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin:

> "Wir sind verpflichtet, uns daran zu erinnern, daß dem allgemeinen Jubel der Maitage 1945 schon bald ein tiefes Mißtrauen folgte, das zur Spaltung Europas führte. Besonders deutlich bekam dies das deutsche Volks zu spüren.
>
> Der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland hat den Schlußstrich unter das Vergangene gezogen. Jetzt, da wir aufgehört haben, uns in Sieger und Besiegte zu unterteilen, da unsere Völker den Fuß fest auf den Weg der historischen Aussöhnung gesetzt haben, eröffnen sich qualitativ neue Perspektiven des russisch-deutschen Zusammenwirkens."

Ich erinnere an die Rede des polnischen Außenministers Prof. Wladyslaw Bartoszewski am 28. April d.J. vor dem Deutschen Bundestag:

> "Der Umbruch von 1989 schaffte Möglichkeiten für eine offene politische Diskussion. Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedelungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken. Die rechtlich-politische Regelung der Probleme der Vereinigung Deutschlands und seiner Grenzen bewirkte, daß heute ein Gespräch über die "verlorene Heimat" keinerlei Befürchtungen um die Friedensordnung in Europa hervorrufen muß.

Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben."

Beide Zitate sind absichtsvoll gewählt; beide nämlich und auch jedes für sich wirken in besonderem Maß auf Ostpreußen. Wären Worte wie diese vor zehn oder gar zwanzig Jahren denkbar gewesen?
Wünschenswert sicherlich!

Ostpreußen und seiner Landsmannschaft eröffnen sich neue Aufgaben und erstmals solche, die vorher in weiter Ferne waren, nunmehr in greifbare Nähe gerückt sind.

Es ist gut zu wissen, daß die Patenschaft dazu beigetragen hat "ein Stück Ostpreußen" wach zu halten.
Natürlich konnten es nur Mosaiksteine sein:

- die Benennung der 2. Oberschule Technischen Zweiges in der Berliner Straße in Lichterfelde nach Kopernikus im Februar 1956

- die Umbenennung der Berliner Straße, und zwar der Abschnitt zwischen Gärtnerstraße im Nordosten und der Stadtgrenze im Südwesten in Ostpreußendamm im Oktober 1961.

- der Abschnitt der Giesensdorfer Straße zwischen Wilhelmstraße und Hindenburgdamm wurde zusammen mit der Wilhelmstraße selbst 1964 in Königsberger Straße umbenannt.

Der Schwerpunkt des Engagements unserer Landsmannschaft aber lag im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Schon die erste Bezirksamtsvorlage für die Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung am 25. Mai 1956 schrieb die kulturelle Betreuung als Schwerpunkt der Patenschaft fest. Sie reicht von Ausstellungen über Musikabende bis hin zu Vorträgen und regelmäßigen Arbeitsgesprächen; gegenwärtig läuft in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule die Ausstellung über das ehemalige Ostpreußen in der Fotografie. Wo: im Rathaus Steglitz. Ein Besuch lohnt sich!

Es steht mir natürlich nicht an, Bilanz über die Arbeit der Landsmannschaft zu ziehen; dafür gibt es Berufenere! Die wenigen Beispiele sollen nur verdeutlichen, wie wichtig es war, das einstmals so ferne, ja unerreichbare, Ostpreußen den Berlinern und hier insbesondere der Nachkriegsgeneration zu vermitteln. Die Tatsache, daß ein Besuch Ostpreußens heute allenfalls eine Frage des Geldbeutels und der üblichen Formalitäten ist, aber eben auch nicht mehr (!), zeigt, wie wichtig es war, an einer Idee festzuhalten. Dabeizubleiben, auch wenn politische Schlechtwetterphasen hereinbrechen, ist wichtig. Sie, unsere Landsmannschaft, haben diese Prüfung bestanden. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Für das Wirken der Landsmannschaft Ostpreußen zeichnen verantwortlich seit 1993 Hans-Joachim Wolf mit seinem Vorstand. Sein Vorgänger Georg Vögerl hatte dieses Amt von 1986 bis 1993 inne; er ist heute Ehrenvorsitzender. Beide sind unter uns. Herzlich willkommen.

Nicht jede Vereinigung hat so engagierte Mitarbeiter,daß sie irgendwann zur Institution werden: über Erwin Spieß wird aber nicht heute, sondern in zwei Wochen gesondert und in würdiger Form zu reden sein.

Wie sieht es auf der Seite des Paten aus: Ich begrüße meine Kollegen im Bezirksamt,

- meinen Vorgänger im Amt Klaus Dieter Friedrich, der schon als Jugendstadtrat seit 1967 an der Seite der Landsmannschaft Ostpreußen gewirkt hat, wenn es galt, mit tatvoller Unterstützung dabei zu sein.

Leider sind die ehemaligen Bezirksbürgermeister Heinz Höfer und Helmut Rothacker verhindert. Ich komme aber gern der angenehmen Pflicht nach, von ihnen die herzlichsten Grüße zu dieser Festveranstaltung zu übermitteln.

Die Patenschaft geht ja zurück auf einen Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung. Jener Beschluß Nr. 116 vom 26.10.1955.

Was liegt näher als unter uns den Stellvertretenden Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Klaus Reinhard, zu begrüßen - ebenso die Vertreter der Fraktionen.

Meine Damen und Herren, seien sie alle willkommen. Es gereicht dem Ereignis zur Ehre, es tut aber auch dem Konzertsaal der Siemensvilla gut, wenn über 400 Gäste dieser Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen und des Bezirksamtes gefolgt sind.

Ich bitte nun Herrn Wolf und Herrn Vögerl zu mir. Beiden soll gedankt werden für ihre unermüdliche Arbeit durch Übergabe eines Buches.

Für die Landsmannschaft Ostpreußen möge eine Urkunde dieses Jubiläum würdigen; es heißt dort:

Wappen
Steglitz

Wappen
Ostpreußen

40 Jahre Patenschaft

Berlin-Steglitz / Landsmannschaft der Ostpreußen e.V.in Berlin

Der Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung vom 26. Oktober 1955, eine Patenschaft zwischen der Landsmannschaft der Ostpreußen und dem Bezirk Steglitz zu begründen, geschah im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in einem geteilten Land.

Damals wie heute wird die Patenschaft von dem gemeinsamen Wunsch getragen, das Gefühl der Verbundenheit durch Austausch von Gedanken und Erfahrungen zu stärken.

Das Bezirksamt Steglitz unterstreicht zum 40-jährigen Bestehen der Patenschaft die Bereitschaft, die Landsmannschaft der Ostpreußen wie bisher zu unterstützen.

Berlin-Steglitz, den 25. August 1995

Herbert Weber
Bezirksbürgermeister

BA Steglitz
PV PlaB

14. August 1995
32 03

Geschichte der Patenschaft mit der Landsmannschaft Ostpreußen

26. 10. 1955 Auf Antrag aller (drei) Fraktionen beschließ die BVV, die Patenschaft mit der Landsmannschaft der Ostpreußen zu übernehmen:

> *„Der Bezirk Steglitz übernimmt die Patenschaft der Landsmannschaft Ostpreußen im Landesverband der Heimatvertreibenen Berlin. Das Bezirksamt wird beauftragt, der BVV geeignete Vorschläge hierzu recht bald zu unterbreiten."*
> (Beschluß Nr. 116, vom 26.10.1955)

1955: Pfingsten:	700-Jahr-Feier Königsbergs in Duisburg
10./11. September	„Tag der Deutschen" in Berlin, Einweihung des Mahnmals der Vertriebenen auf dem Reichskanzler(Th.-Heuss-)platz .
September:	Adenauer reist nach Moskau
Oktober:	Heimkehr der ersten Kriegsgefangenen aufgrund des Moskauer Abkommens

11.2.1956 Bezirksbürgermeister Dr. von Hansemann äußert gegeüber dem OSTPREUßENBLATT („Die Berliner Beilage") vom 11. Februar 1956, daß der Schwerpunkt der Patenschaft bei den Schulen liegen solle. Bezirksverwaltung und Lehrerschaft seien sich darin einig, daß der Deutsch-, Geschichts- und Erdkundunterricht dazu genutzt werden müsse, den Gedanken an den deutschen Osten zu wecken und zu pflegen. „Steglitz wird alles tun, um die deutschen Ostgebiete und ganz besonders Ostpreußen im Bewußtsein der Bevölkerung wach und lebendig zu erhalten. Das gilt ganz besonders für die Jugend, die nach dem Zusammenbruch aufgewachsen ist."

Martin Pfleideler, Berliner Korrespondent des OSTPREUßENBLATTs erwähnt im Artikel erste erfolgreiche Veranstaltungen und Vorträge zum Thema Ostpreußen in der VHS:

Am 17. Januar 195~~4~~6 hielt Landmann Roddeck im überfüllten VHS-Saal in der Florastraße den ersten Vortrag:

„Wir sehen und hören von Ostpreußen - Vergessenes und Unvergessenes"

Stadtrat Grigoleit (Vb Dez) spricht von einem neuen Publikum in der VHS, das sich im Zeichen der Patenschaft bilde.

Das Kunstamt bietet der Landsmannschaft Räume für Veranstaltungen (Konzerte, Ausstellungen Dichterlesungen) an. Erste Lesungen von **Agnes Miegel**, (✞ 26.10.1964, im 86. Lebensjahr, wurde „die Mutter Ostpreußens" genannt,) und **Ernst Wichert** werden lobend erwähnt.

19. 2. 1956 Anläßlich des 502. Geburtstages des in Thorn (Westpreußen) geborenen und dann in Ostpreußen wirkenden KOPERNIKUS erhält die Oberschule am Ostpreußendamm (damals noch Berliner Str.) den Namen KOPERNIKUS-OBERSCHULE.

26. 11. 1956 Bezirksamtsbeschluß:

Das Bezirksamt beschließt, zu Beginn der Ostpreußenwoche am 26. Januar 1957 eine Eröffnungsfeier in der Tannenbergschule vor geladenem Publikum zu gestalten.

Februar 1957 Erstmals ist die Landsmannschaft Ostpreußen auf der Grünen Woche präsent. Sie zeigt die Ausstellung „Ostpreußen - Geschichte und Leistung"

24. 9. 1958 Bezirksamtsbeschluß:

Der Francotyp-(Frei-)Stempel des Bezirksamts soll den Zusatz erhalten: „Patenbezirk für Ostpreußen"

21.9.1960 die BVV nimmt den Vorschlag des Bezirksamts zustimmend zur Kenntnis, die Berliner Straße in Lichterfelde zukünftig OSTPREUßENDAMM zu nennen.

Nach der Zustimmung und Verfügung des Senators für Bau- und Wohnungswesen vom 10.6.1961 werden die neuen Straßenschilder am 1. Oktober 1961 angebracht.

1. 9.1961 Die Berliner Landsmannschaft zieht in das alte Europahaus in der Stesemannstaße, das jetzt „Haus der ostdeutschen Heimat" genannt wird.

1. 12. 1964 Die Wilhelmstraße und ein Teilstück der Giesendorfer Straße werden in KÖNIGSBERGER STR. umbenannt, nachdem eine Straße gleichen Namens in Ost-Berlin umbenannt worden war. BA-Beschluß vom 7.9.1964

Im BA sind aus den Jahren 1955 bis 1980 keine Unterlagen über die Patenschaft mit der Landsmannschaft vorhanden.

Jähliche Einladungen zum Ostpreußenball - unklar ab wann; erste Einladung in den Akten von 1982.

1984	Erster Hinweis auf ein Arbeitsessen mit der Landsmannschaft am 25.1.1984. (Vermerk von PlaB vom 24.1.84)
August/Sept. 1984	Bernsteinausstellung in der Berliner Volksbank Steglitz
Sept. 1984	Einladung zum Ostpreußenball, der jetzt schon „traditionell" genannt wird.

Georg Rüger

20. Oktober 1989 - Festakt 40 Jahre LO

Heimat Ostpreußen, so lautet der Titel unserer Fotoausstellung, die wir am 7. Oktober im Bürgertreffpunkt Lichterfelde eröffneten. Heimat Ostpreußen, es ist die Heimat vieler Berliner!

Wir wissen, daß besonders in den vergangenen 150 Jahren aus Ostdeutschland viele Menschen von dieser Stadt magnetisch angezogen wurden. Unter diesen Neubürgern nahmen Ostpreußen einen bedeutenden Anteil! Sie prägten mit anderen das Gesicht dieser Stadt.

Es gründeten sich Heimatvereine, wie es sie aus vielen deutschen Landschaften heute noch gibt. So hatte auch im Wirtschaftsleben und allen anderen Bereichen, insbesondere auch im Kulturbereich das Wirken von Ostpreußen großen Erfolg. Wir haben in der jüngeren Vergangenheit durch bedeutende Ausstellungen und durch Schrifttum darauf hingewiesen, und dies wird auch weiterhin geschehen.

Nach dem 2. Weltkrieg aber stellten sich andere Aufgaben. Es galt, den Vertriebenen und Flüchtlingen zu helfen!

Die Anfänge der Betreuung der Heimatvertriebenen fallen noch in die Zeit von 1945, als die Trecks aus den Gebieten kamen, die von den gegnerischen Mächten eingenommen wurden. Die Betreuer standen damals den Heimatvertriebenen mit Rat und Tat zur Verfügung - in Schulen, Baracken und sonstigen Durchgangsstellen, um Angehörige, die in Verlust geraten waren, wieder ausfindig zu machen und überhaupt die durchreisenden Vertriebenen zu lenken und zu

leiten, besonders diejenigen, die versuchten, in die Gebiete jenseits Oder / Neiße zurückzukehren.
Da die politischen Zeitungen keine Möglichkeit hatten, die Heimatvertriebenen zu einem Zusammenschluß aufzurufen, wurden kirchliche Nachrichten benutzt, um die Heimatvertriebenen aufzurufen und zu sammeln. Hierbei erfolgten die ersten Zusammenschlüsse auf heimatlicher Grundlage.

Man fand sich spätestens seit 1946 in kleinen Gruppen zusammen, denn das Kontrollratsgesetz erlaubte noch keine feste Organisation. Erst nach 1948 nach Lockerung und später nach Aufhebung des Verbotes kam es zur Gründung des Bundes der Vertriebenen und damit auch zur Gründung der LO - dies war im Jahre 1949.

Selbstverständlich ging das nicht reibungslos ab, denn ganz Deutschland probte, soweit es möglich war, die Demokratie, und die Vertriebenen kostetеten natürlich die neugewonnene demokratische Freiheit.

Man fand sich aus heutiger Sicht schnell im Laufe des Jahres 1949 und nach 1950 stand eine feste Organisation zur Verfügung.
Die Geburtsstunde aber ist am 14. Oktober 1949, und bereits zwei Tage später, am 16. Oktober 1949, gab es am 1. Tag der Heimat ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Heimat - zu Deutschland !

Jetzt möchte ich an die verdienstvollen Landsleute denken, die damals eine unglaubliche Arbeit leisteten, dies alles selbstlos, und, das ist ebenso selbstverständlich, alles in ehrenamtlicher Arbeit. Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben.

Die erste Geschäftsführung der späteren LO fand in der Wohnung unseres Landsmannes Grönink in Lichterfelde statt, dieser machte auch die Geschäftsführung. Da Lichterfelde ja zum Bezirk Steglitz gehört, könnte es ja sein, daß bereits damals erste Bande geknüpft wurden, die zur späteren Patenschaft führten.

Der 1. satzungsgemäße Vorstand aber bestand aus den Landsleuten
Dr. Matthee, 1. Vorsitzender
Ernst Lukat, 2. Vorsitzender
Herrn Kowski, 3. Vorsitzender
Dr. Kemsies, 4. Vorsitzender
Herrn Hagen, Kassenwart
Werner Weiß, 1. Schriftwart
Frau Bethke, 2. Schriftwart
Herrn Gries, 1. Beisitzer
Herrn Lange, 2. Beisitzer
Herrn Seidel, 3. Beisitzer
Herrn Zipper, Jugendvertreter

Nach dem Tode von Dr. Matthee war Kurt Jurkowski erster Vorsitzender, danach Werner Guillaume, seit 1985 bin ich im Amt.

Dr. Matthee war der langjährige Direktor des Entschädigungsamtes und Vizepräsident im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Werner Guillaume war der erste Bundesgeschäftsführer der LO, Hauptsitz Hamburg, und hatte zahlreiche Verdienste in der Vertriebenenarbeit.

- Er wurde, wie auch Dr. Matthee, mit der höchsten Auszeichnung der LO, dem Preußenschild, ausgezeichnet. Kurt Jurkowski leitete viele Jahre und sehr erfolgreich den Heimatkreis Ortelsburg und war 3 Jahre als Landesvorsitzender tätig.

Einem Landsmann, der ~~auch heute noch unter uns ist und~~ bis vor wenigen Jahren von Anfang an dem Landesvorstand angehörte, ~~möchte~~ wollte ich noch für alles danken. Er war ~~und ist heute noch~~ als Kreisbetreuer des Heimatkreises Elchniederung tätig. Es ist Werner Weiß. ~~Wir sollten~~ Ich wollte ihm ~~alle danken~~ an dieser Stelle besonders ehren – [illegible] – Wir wollen Helfer für Viele an [illegible] Die Organisation der LO ist nach dem Plan der preußischen Gemeindeordnung strukturiert. Die Basis besteht von Anfang an aus 39 Stadt- und Landkreisen. Die Kreise sind wieder in Kirchspiele und Ortschaften gegliedert.

Der Berliner Landesvorstand besteht aus 10 stimmberechtigten Mitgliedern und 2 kooptierten Mitgliedern. Der Bundesvorstand der LO besteht aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, einem berufenen Mitglied und 2 beratenden Mitgliedern.

Beim Sichten des Schriftmaterials, das ich ja benötigte, um Ihnen dies alles berichten zu können, ist mir aufgefallen, daß wohl alle bedeutsamen Ereignisse der "Berliner Ostpreußen" im Oktober stattfanden, somit ist auch der heutige Tag ein wunderbarer Zufall.
Am 26. Oktober 1955 lautete der Beschluß der BVV Steglitz:
"Der Bezirk Steglitz von Berlin übernimmt die Patenschaft der Landsmannschaft Ostpreußen im Landesverband der Heimatvertriebenen Berlin". Damit begann eine Aera der Freundschaft, wie sie beispielhaft ist. Es ist ja auch kein Zufall, wenn wir heute in diesem ehrwürdigen Saal unseren Festakt gemeinsam begehen.

Wir haben in der Vergangenheit soviel Hilfe und Beistand erlebt, Treue und Zuverlässigkeit - preußische Tugenden standen immer mit als Pate. Wir haben Ihnen allen, in der Vergangenheit und heute, viel zu verdanken, und wenn ich jetzt die Bürgermeister dieser noblen Vergangenheit erwähne, dann soll dies auch für alle anderen Mitarbeiter und Politiker dieser Stadt gelten.

Mit Bürgermeister von Hansemann begann es, dann war Bürgermeister Dr. Bloch und später Bürgermeister Hoefer unser Pate. Die Freundschaft setzte sich fort mit Bürgermeister Rothacker und nun mit Bürgermeister Friedrich. Mit Ihnen, den Paten, hatte ich schon lange ein ausgezeichnetes Verhältnis, und als Steglitzer Bürger, der auch der Steglitzer Wirtschaft angehörte, konnten gemeinsame Projekte durchgeführt werden.

Steglitz ist heute die Heimat vieler Ostpreußen, und wir sind Ihnen damit in besonderer Weise verbunden.

Innerhalb er LO existiert seit 1962 unsere Frauengruppe. Lange vorher hat es zur festen Gründung Ansätze gegeben, man tagte mit den Heimatkreisen. Nach Gründung dieser selbständigen Gruppe unter Frau Bethke, die seit Gründung der LO dem Vorstand angehörte, wurde man sehr aktiv, und ich kann mich immer darüber freuen, mit welchem Erfolg die Frauen unter Frau Bethke, Frau Opalka und nun Frau Schiffmann, auf ihren Gebieten tätig sind.

Die Aktivitäten unserer Landesgruppe sind sehr vielfältig, und ich beschränke mich auf einige Daten. Es ist selbstverständlich, daß jede unserer Gruppen, genannt Heimatkreise, im laufenden Jahr viele Treffen veranstalten, und zum Tag der Heimat sind wir gemeinsamen präsent.
Insbesondere im Deutschlandhaus stellen wir uns und unsere Arbeit in Ausstellungen dar. Wir starten Hilfsaktionen für unsere in der Heimat verbliebenen Landsleute und Paketaktionen ebenfalls in die Heimat und an unsere Landsleute in der DDR.
Wir nennen das Bruderhilfe, und ich habe gar kein Verständnis dafür, daß wir deshalb angegriffen werden. Wir waren doch die ersten, die im polnischen Machtbereich geholfen haben, und das tun wir auch weiterhin! DASSELBE GILT FÜR DAS RUSSISCH BESETZTE OSTPREßEN

Es gibt doch in unserer Gesellschaft kaum eine Vereinigung, die

aus dem tragischen Schicksal, das über uns kleine Leute gekommen ist, soviel an Positivem gemacht hat wie eben diese Heimatvertriebenen. Stellvertretend für alle Aussagen erwähne ich die Charta der Deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, in der es im 1. Absatz heißt:

Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.
Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

Man bedenke, das war 1950, die Charta hat bis heute für uns ihre Aussagekraft nicht verloren. Wir sind keine Revanchisten, wir sind friedliebend, staatstreu. Wir haben aber auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf ein demokratisches Leben.

Wir sind eine lebendige Landsmannschaft mit aller Lebensfreude, und zum Schluß sage ich Ihnen noch, wir sind eine Landsmannschaft mit immer noch steigenden Mitgliederzahlen trotz starkem biologischem Abgang.
Wir glauben weiter an unsere Zukunft, an eine Zukunft mit Ihnen allen!